

«Das ist Grössenwahn»

SVP-Nationalrat Christoph Blocher prophezeit der Schweiz massive Wohlstandsverluste und soziales Unheil, wenn die Personenfreizügigkeit nicht beschränkt werde. Den Vorwurf, er mache die Schweiz kaputt, schiebt er an seine Kritiker zurück. *Von Roger Köppel und Jorma Müller (Bild)*

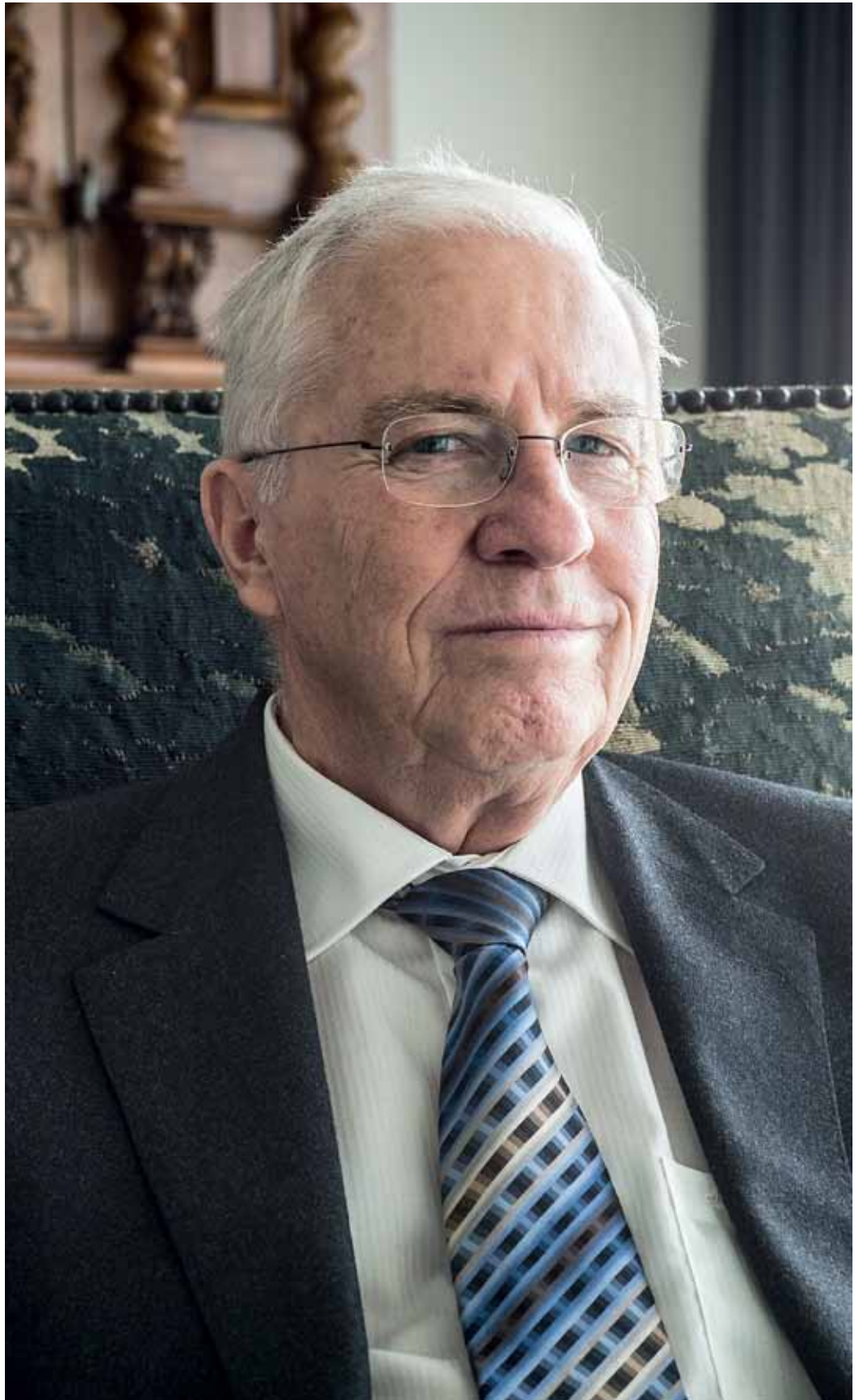
Herr Blocher, was ist das Grundproblem der Personenfreizügigkeit – ein paar überfüllte Züge und Staus auf den Strassen kann es ja nicht sein?

Der grosse liberale Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman sagte: Freihandel schafft Wohlstand. Dann präzisierte er, fast alles könne man dem Freihandel, also dem Freizügigkeitsprinzip, unterstellen, nur zwei Dinge nicht: Kapital und Personen. Das könne kein Land tragen! Jetzt glaubt die wohlhabende Acht-Millionen-Schweiz, dass sie ihren Arbeitsmarkt 500 Millionen Europäern gleichberechtigt zur Verfügung stellen kann. Das ist Grössenwahn.

Was soll so falsch daran sein?

Die Schweiz hat sich einen der höchsten Lebensstandards erarbeitet. Es ist verständlich, dass fremde Menschen in dieses Land des höchsten Wohlstands einreisen, um davon zu profitieren. Weil diese Ausländer den Schweizern völlig gleichgestellt sind und damit Anrecht auf alle Sozialleistungen haben, ist der Anreiz für die Zuwanderung enorm – wie in keinem andern Land. Während noch in den guten Jahren 2000 bis 2005 pro Jahr im Durchschnitt etwas über 40 000 Personen zugewandert sind (Einreisende minus Ausreisende), reisen seit der vollen Öffnung pro Jahr zirka 80 000 ein – also jährlich eine Stadt in der Grösse von Luzern oder, in fünf Jahren, eine Stadt in der Grösse von Zürich! All das zieht unglaubliche Staatsausgaben nach sich. Strassen, Schulhäuser, Spitäler, öffentliche Verkehrslinien müssen gebaut und unterhalten werden. Zudem hat sich die Zahl der Grenzgänger in fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt. Von den Scheinfirmen aus der EU nicht zu reden! Um damit fertig zu werden, müssen in Zukunft Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht werden. Die Sozial- und Fürsorgeausgaben steigen beängstigend. Dadurch steigen die Mieten. Kulturland wird verbaut, Unsicherheit und Kriminalität nehmen zu. Die Schweiz verliert ihre Eigenheiten. All das zeichnet sich bereits ab. Aber statt zu bremsen, will man in Bern die Personenfreizügigkeit noch ausbauen. Wollen wir wirklich die Schweiz ruinieren?

Ruinieren? Die Schweiz, sagen die Befürworter der Personenfreizügigkeit, habe seit deren Einführung eine Blüte erlebt.



«Die Zuwanderung ist masslos, und diese Masslosigkeit schadet»: Unternehmer Blocher.

Der Schweiz geht es heute besser, weil sie nicht Mitglied der EU ist. Die Masslosigkeit bei der Zuwanderung brachte es aber mit sich, dass diese – wie das auch die ETH-Studie 2012 wieder bestätigt – den einzelnen Menschen im Land praktisch keinen Nutzen eintrug. Und die Produktivitätsentwicklung wurde negativ beeinflusst. Das ist gefährlich. Diese Zuwanderer werden bleiben, auch wenn sie arbeitslos sind.

Warum?

Weil ein EU-Ausländer hier schon nach lediglich einem Monat Arbeit bei Arbeitslosigkeit die weit über dem Ausland liegenden Leistungen unserer Sozialwerke beanspruchen kann. Und diese Regelung wird sich von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar machen.

Aber die Personenfreizügigkeit brachte reale Wohlstandsgewinne, das können Sie nicht bestreiten.

Für den einzelnen Menschen kaum – nur für das gesamte Bruttoinlandprodukt. Die notwendigen Arbeitskräfte hätten wir auch ohne Freizügigkeit bekommen.

Nützt es nichts, so schadet es nichts.

Doch! Allmählich realisieren die Leute, dass sie mit der Personenfreizügigkeit nicht reicher, sondern schlussendlich ärmer werden. Die Wirtschaft legt zu, aber der Nutzen für den Einzelnen wird kleiner. Das ist keine gute Wirtschaftspolitik. Grossbritanniens Premierminister David Cameron spricht mit Blick auf die Personenfreizügigkeit bereits von «Sozialtourismus».

Sie dramatisieren. Die Wirtschaft stellt doch nicht einfach beliebig Leute an. Die Wirtschaft ist sparsam und letztlich ein gutes Kontrollinstrument gegen ungebremste Zuwanderung.

Die Wirtschaft war immer auf gute Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen und erhielt diese auch vor der Personenfreizügigkeit mit der EU! Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit. Auch damals drohte die Zuwanderung zu überborden. Deshalb erliessen die damals weitblickenden Industriellen Begrenzungen, die der Bundesrat 1965 für das ganze Land in Kraft setzte. Diese Begrenzungen (Restriktionen beim Familiennachzug, Aufenthaltsdauer, Höchstzahlen in Boomjahren, Vorrang der Schweizer) wurden ab 2007 ausser Kraft gesetzt. Mit erneutem Beginn des freien Personenverkehrs wurde die Begrenzung aufgehoben.

Dies müsste sich doch aber schon heute in den Rechnungen niederschlagen.

Das tut es bereits. Die Katastrophe wird aber noch folgen. Bereits heute, nach fünf Jahren freiem Personenverkehr, steigen

die Sozial- und Fürsorgeausgaben bedenklich an. Bei einem Ausländeranteil von 23,3 Prozent liegt der Anteil der Ausländer bei den Arbeitslosen Ende 2013 bei rund 45 Prozent; der Ausländeranteil bei den IV-Rentnern bei 46 Prozent, bei den Sozialhilfebezüglern bei 45 Prozent. Für die Arbeitslosenversicherung mussten wir bereits die Beiträge erhöhen, obwohl Hochkonjunktur herrscht. Die Zuwanderung ist masslos, und diese Masslosigkeit schadet.

Wieso waren Sie denn damals für die Einführung der Personenfreizügigkeit? Sie haben als Bundesrat gesagt, man müsse dieses Experiment wagen.

Ich war von allem Anfang an gegen die Personenfreizügigkeit. Dann musste ich gegen meine Meinung den Gesamtbundesrat vertreten. Übrigens hat das Volk damals zugestimmt, weil der Bundesrat versprochen hat, es würden nicht mehr als 8000 Personen (Einwanderer minus Auswanderer) zuwandern. Seit der Öffnung 2007 kommen jedes Jahr 80 000, also zehnmal mehr!

Was ist Ihr Worst-Case-Szenario, wenn die Zuwanderung weitergeht wie bisher?

Spätestens in der nächsten Rezession, die bestimmt kommt, werden wir eine enorme Arbeitslosigkeit bekommen, und zwar nicht

«Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit.»

nur bei Ausländern, sondern auch bei Schweizern, dort namentlich bei den über Fünfzigjährigen. Diese werden ersetzt werden durch neue, billigere, junge Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das wird zu grossen sozialen Spannungen führen. Handeln muss man vorher. Also jetzt.

In der Krise wird die Zuwanderung doch zurückgehen.

Gemäss unserer Volksinitiative gilt wie vor der Einführung der Personenfreizügigkeit der Grundsatz des Vorrangs des Schweizer. Heute gilt der Vorrang der Europäer. Sogar in den Krisenjahren 2009/2010 sind fast 70 000 Personen mehr ein- als ausgewandert. Die Schweiz wird auch in der Rezession attraktiv bleiben, weil das Wohlstandsgefälle gegenüber der EU so gross ist.

Alle Ihre Gegner behaupten vehement das Gegenteil, FDP, CVP, die grossen Wirtschaftsverbände, sogar viele Unternehmer. Sie sagen: «Ohne Stelle kommt niemand in die Schweiz.» Alles Geisterfahrer?

Gemäss Abkommen mit der EU kann jeder ohne Stelle einwandern, um eine Stelle zu suchen. Jeder kann einreisen und sich bis zu sechs Monate lang nach einer Stelle umsehen. Findet der EU-Bürger eine Stelle und verliert diese nach wenigen Monaten, kommt er in

die Arbeitslosenversicherung, und die Schweiz ist während mindestens fünf Jahren sozial- und fürsorgepflichtig. Ich verstehe, dass man als Manager für die Personenfreizügigkeit sein kann. Aber weitblickend ist das nicht. Der Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Wohlfahrt bleibt, und darf nicht einfach Wachstum fördern.

Nun will die SVP zurück zu einem System der Kontingente. Ausgerechnet die staats-skeptische SVP verlangt, dass staatliche Bürokraten den Arbeitsmarkt steuern. Das birgt ausserdem ein enormes Risiko der Politisierung. Beispiel: Ein Unternehmen will einen Genforscher, doch die Politik findet Genforschung schlecht und verbietet die Einreise, stattdessen dürfen Legionen von Solarenergie-Experten einreisen.

Die SVP ist für ein freiheitliches System. Aber wie Friedman betont, kann man Personen nicht dem freien Handel unterstellen. Die Volksinitiative empfiehlt ein Beschränkungssystem, das bis 2007 einigermaßen funktionierte. Seit der Personenfreizügigkeit wird zudem eine grosse Stärke der Schweizer Wirtschaft – nämlich der freie Arbeitsmarkt – mit den flankierenden Massnahmen zunehmend unterwandert.

Mit einer Bürokratie der Kontingente soll alles besser werden?

Die Bürokratie wird kleiner. Dieses Beschränkungssystem gilt übrigens heute in der Schweiz auch gegenüber allen Arbeitskräften von ausserhalb der EU. Es funktioniert gut, wie mir neulich auch Vertreter der Pharmaindustrie, die viele Hochqualifizierte aus Amerika und Asien braucht, bestätigt haben. Natürlich muss es sinnvoll gehandhabt werden. Die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung gibt dem Staat die Möglichkeit, es für die Schweiz richtig zu machen.

Wollen Sie die Zuwanderung auf null setzen?

Nein. Aber in schlechten Jahren dürfte es nach der Annahme der Volksinitiative dazu kommen. Das ist auch gut so. Die Zuwanderung dürfte auch einmal negativ sein. Die SVP verlangt, dass der Bundesrat den betreffenden Vertrag mit der EU neu aushandelt, weil wir uns zu viel zugemutet haben.

Die Amerikaner haben es geschafft, die Personenfreizügigkeit zu meistern. Sie drücken bei den illegalen Mexikanern beide Augen zu, alle Hochqualifizierten bekommen Arbeitsbewilligungen, gleichzeitig hat man einen schwachen Sozialstaat. Warum soll sich die Schweiz nicht amerikanisieren?

Sie glauben doch nicht, dass man in der Schweiz viel kleinere und kürzere Arbeitslosenentschädigungen, schlechtere Krankenkassen, eine schlechtere IV, eine kleinere AHV et cetera, et cetera einführt beziehungsweise die zweite Säule und die Fürsorge-

pflicht streicht! Der Schweizer ist doch nicht bereit, seinen Lebensstandard zu senken, nur um Ausländer abzuhalten. Übrigens: Seit der Personenfreizügigkeit wurde der Sozialstaat noch ausgebaut, nicht abgebaut.

Mit Ihrer Initiative riskieren Sie, dass die EU alle bilateralen Verträge mit der Schweiz kündigt. Dies setzt unser Land unabsehbaren Risiken aus.

Welchen Risiken? Freihandelsverträge haben wir, das ist entscheidend und genügt. Die EU wird die bilateralen Verträge nicht kündigen. Diese sind alle in ihrem eigenen Interesse. Kein Staat handelt gegen die eigenen Interessen. (Das macht höchstens die Schweiz.) Die Arbeitskräfte kommen auch ohne Personenfreizügigkeit in die Schweiz.

Und wenn die EU die sieben Verträge ausser Kraft setzt?

Da müsste jeder einzelne der 27 EU-Mitgliedstaaten zuerst der Kündigung zustimmen. Wie sollten Italien, die Niederlande oder Deutschland beispielsweise den für sie sehr vorteilhaften Transitverkehrsvertrag aufheben? Nochmals: Kein Staat handelt gegen seine Interessen.

Nationalbank-Präsident Jordan warnte, die EU bleibe ein enorm wichtiger Absatzmarkt für die Schweiz, man dürfe hier keine Risiken eingehen.

Er hat recht. Eine Neuverhandlung ist aber kein Risiko. Zudem: Die EU verkauft der Schweiz mehr als umgekehrt. Wird die EU einen ihrer besten Käufer einfach so fallen lassen?

Schauen wir uns die Realpolitik an: Mit Ihrer Initiative treiben Sie die bürgerliche Mitte in die Hände der Linken, die dann weitere flankierende Massnahmen zum Schaden der Schweiz einführen kann. Die SVP mache die Schweiz kaputt, sagen zornig Ihre Gegner.

Ich bedaure, dass nach der EWR/EU-Abstimmung von 1992 die bürgerliche Seite auseinandergebrochen ist. Die «bürgerliche» Mitte ist stark nach links gerutscht. Sie stimmt in den grundsätzlichen Fragen von Unabhängigkeit und Neutralität – mit den europhilen Linken und mit der internationalistischen Verwaltung. Sie nickt fast jede Steuererhöhung ab – so war es mit der Autobahnvignette, und am 9. Februar soll zudem über die sogenannte Fabi-Vorlage abgestimmt werden, mit der die Mehrwertsteuer erneut erhöht und die Pendlerabzüge reduziert werden sollen. Die SVP ist wieder die einzige Partei, die sich gegen diese Steuererhöhung wehrt. Solche Sachen machen die Schweiz kaputt. CVP und FDP haben sich leider für eine Zukunft mit den Linken entschieden. Wir können uns doch deswegen nicht für eine

zubetonierte, überfüllte Schweiz, in der die Menschen immer ärmer werden, entscheiden. Es ist wieder wie bei der EWR/EU-Abstimmung vom 6. Dezember 1992. Auch damals behaupteten die gleichen Kreise, die Schweiz gehe kaputt, wenn sie nicht dem EWR beziehungsweise der EU beitrete. Am Abstimmungsabend sagte Bundesrat Delamuraz: «Die Schweiz ist verloren, die Zukunft gehört der europäischen Jugend!» Heute herrscht bei den Schweizer Jugendlichen praktisch Vollbeschäftigung, während es in den EU-Ländern eine Jugendarbeitslosigkeit bis gegen 60 Prozent gibt – nicht zuletzt wegen der Fehlkonstruktion EU. Die Elite hat sich damals verschätzt, weil sie nicht über die eigene Nasenspitze hinaussah. So ist es auch heute wieder.

Sie behaupten unterschwellig, das politische und wirtschaftliche Establishment treibe die Schweiz heimlich in die EU. Warum sollen sich die Unternehmen freiwillig für dieses regulatorische, wirtschaftlich angeschlagene Monstrum Europa einsetzen? Die haben doch keinerlei Motiv.

Die Manager der ganz grossen Unternehmen treiben diesen heimlichen Beitritt zusammen mit der Bundesverwaltung voran.

«In der Politik gilt: «Wer den Dampf nicht erträgt, soll nicht in die Küche gehen.»»

Diesen Unternehmen ist die direktdemokratische Schweiz, wo die Bürger – der Souverän – die höchste Macht haben, lästig. Die EU-Bürokratie gleicht einem Basar, wo die Grossen um Vorrechte feilschen. Hier können die Grossunternehmen ihre Interessen besser durchsetzen. Das Volk kommt ihnen dort nicht in die Quere. In der Schweiz diskutiert das Volk sogar über die Saläre der Spitzenkräfte. Das ist nicht angenehm. Deshalb versucht man die Volksrechte zu schmälern. Viele Spitzenmanager kennen Freiheit und Souveränität nur noch, wenn es um ihre Saläre geht. Die Schweiz als solche ist ihnen zweitrangig. Aber die SVP kämpft für eine unabhängige Schweiz und weiss, dass nur die Unabhängigkeit Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sichern kann.

Über der EU-Frage spaltet sich das bürgerliche Lager. Die Linke profitiert. Was kann die SVP tun, um die Bürgerlichen wieder zu versöhnen?

Die Wahrung der Unabhängigkeit – die Tatsache, dass die Schweiz selbst bestimmen kann, also weder fremdes Recht noch fremde Richter akzeptiert – ist der entscheidendste Erfolgsfaktor für das Land. Darauf sollten sich die Bürgerlichen einigen können. Dass die Linke in die EU will – sie war von jeher internationalistisch –, ist klar. Die Mitte

muss sich entscheiden. Heute geht sie in dieser Frage mit den Sozialisten, den Beamten des Aussendepartements und den Wirtschaftsbürokraten einig. Auch ich bedaure, dass wir statt einer bürgerlichen Politik eine Mitte-links-Mehrheit haben.

Was aber kann die SVP tun, um die bürgerlichen Reihen zu schliessen?

Es wurde uns der Stil vorgeworfen. Die SVP hat diesen als grösste Partei sehr gemässigt. Die zunehmende Linkspolitik brachte der CVP und der FDP Wahlverluste. Dafür kann die SVP die Verantwortung nicht übernehmen. Bei den Freisinnigen sind Zeichen der Selbsterkenntnis glücklicherweise vorhanden.

Haben Sie die FDP nicht zu sehr ins Lächerliche gezogen?

Vergleichen Sie diese Kritik mit all den Verunglimpfungen gegen die SVP und namentlich gegen mich selbst! Da ist unsere Kritik geradezu liebevoll. In der Politik gilt: «Wer den Dampf nicht erträgt, soll nicht in die Küche gehen.» Es geht doch um substantielle Fragen: Steht man zur Unabhängigkeit der Schweiz, ja oder nein? Stehen wir für die Sicherheit der Schweiz ein – ja oder nein? Ist man als Wirtschaftspartei für Steuerensenkungen oder eben nicht? Hier haben sich die CVP und die FDP und die neuen kleinen Mitteparteien BDP und Grünliberale zu entscheiden. Die FDP weigerte sich bei den letzten Wahlen, mit der SVP eine Listenverbindung einzugehen. Dadurch verloren FDP und SVP zusammen vier Sitze! Sie werden nun von der Linken besetzt, was im Parlament je nach Abstimmung acht Stimmen Differenz ausmacht. Kann man so kopflos sein?

Sie sind für viele Freisinnige ein rotes Tuch. Würden Sie den Weg frei machen, wenn die FDP dadurch der SVP entgegenkäme?

Sollten FDP und CVP in diesen wesentlichen Fragen einlenken, aber mit Überzeugung, wäre der Rücktritt Blochers eine denkbare Variante.

Sie bieten hier offiziell Ihren Rücktritt an?

Wenn es mich nicht mehr braucht, dann gehe ich gerne! Aber nur, wenn es zu einer Phalanx für Unabhängigkeit, Sicherheit, Freiheit kommt. Ich warte schon lange, dass ich nicht mehr nötig bin!

Zurück zur Kernfrage: Wie viel Zuwanderung erträgt die Schweiz pro Jahr?

Das kann man so nicht sagen.

Gibt es eine oberste Bevölkerungsgrenze?

Nein. Das muss sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Ohne Freizügigkeit passt sich die Zuwanderung dem an. Es gilt, Mass zu halten. Denn Masslosigkeit schadet allen Gebieten – nicht nur der Wohlfahrt, sondern auch der Kultur, der Natur, der Schönheit unseres Landes, der Lebensqualität. ○